

Platz abbeck

Nr. 3, 5. Mai 2009

DIE LINKE.KÖLN

DIE LINKE. Köln Fraktion im Rat der Stadt Köln

V.i.S.d.P. DIE LINKE. Köln, Haus Neuerburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41, email: DieLinke.Koeln@stadt-koeln.de,
www.linksfraktion-koeln.de

9. Mai: Querstellen und abpfeifen!

Die Mobilisierung für die Protestaktionen am 9. Mai gegen pro Köln rollt an. Das Bündnis Köln stellt sich quer mobilisiert für 10 Uhr zum Heumarkt und demonstriert dann auf die andere Rheinseite und führt eine Kundgebung vor dem LVR-Turm durch.

Eine Demonstration von Pro Köln vom Barmer Platz durch die Innenstadt nach Ehrenfeld hat die Polizei verboten. Dagegen wollen die Rechtsextremen klagen. Eine Entscheidung kann in letzter Minuten fallen.

In Gesprächen hatte die Kölner Polizei den Vorschlag des Bündnisses, einen Teil des Barmer Platzes für eine Protestkundgebung zur Verfügung zu stellen, abgelehnt. Die Polizei wird den Barmer Platz und eine Zone rund um den Deutzer Bahnhof zur demonstrationsfreien Zone erklären. Damit schlägt die Polizei eine völlig andere Strategie ein. Am 20. September hatte sie Protestaktionen gegen pro Köln auf Sicht- und Hörweite noch ermöglicht.

Mit dieser repressiven Polizeistrategie bekommt die Aktion des Bündnisses „Aufgestanden, Hingegangen und Abgepfeifen“ eine größere Bedeutung. Ohne Risiko ist die Aktion aber auch nicht, auch wenn die Premiere am 18. April in Ehrenfeld gelungen war. Die Polizei will jeden Teilnehmer auf den Barmer Platz lassen, aber vorher



Ein würdiges Denkmal für Deserteure am Appellhofplatz

Auf Initiative der Ratsfraktion Die Linke. Köln hat der Stadtrat 50.000 Euro für ein Denkmal für Deserteure bereitgestellt. In einer weiteren Ratsentscheidung wurden die Mittel dann erhöht, um einen qualifizierten Wettbewerb durchzuführen. Eine Initiativgruppe hat das Projekt dann maßgeblich

vorangetrieben. Die Verwaltung hat das Projekt ebenfalls unterstützt. Herzlichen Dank für die gute Arbeit!

Die 14-köpfige Jury unter dem Vorsitz von Prof. Dr. Stefanie Endlich empfahl in ihrer Sitzung am Freitag, dem 24. April 2009, nach intensiver Diskussion einstimmig die Realisierung des Entwurfs, den der Künstler und Grafikdesigner Ruedi Baur (Zürich/Paris) in Zusammenarbeit mit Denis Coueignoux eingereicht hatte: „Eine Pergola als Denkmal“. In ihrem Erläuterungsbericht schreiben die Verfasser: „Es geht darum, die kleinen und großen Akte der Zivilcourage positiv zu symbolisieren und die Tausende von Todesurteilen und Diskriminierungen, die solchen Haltungen folgten, in Erinnerung zu bringen. Meistens individuell, häufig aus der Situation heraus, nicht selten intim und leise zeigte sich diese Courage in Handlungen des Alltags. Das Denkmal sollte dieser Diskretion und Natürlichkeit entsprechen“.

Das Kunstwerk wird im Stadtraum zunächst als Pergola wahrgenommen, die sich, leicht schräg auf dem Platz positioniert, bis zum U-Bahn-Eingang erstreckt. Das Dach der Pergola wird durch eine Sequenz von farbigen Aluminiumlettern gebildet, die einen als Hommage formulierten Text ergibt. Dieser „Kettentext“ verweist auch auf die Kettenreaktion unserer Gesellschaft: „Die Zivilcourage beginnt ganz klein und kann zu heroischen Akten führen“, schreiben die Verfasser in ihrem Erläuterungstext. „Das eine greift in das andere, verwebt sich zu einem neuen Horizont,“.

Die Fraktion DIE LINKE. wird sich auf einer **Veranstaltung am 6. Mai um 18 Uhr im Rathaus**, zu der Ludwig Baumann als Gast kommt, mit dem Ergebnis der Arbeiten um das Kölner Denkmal befassen und auf die bundesweite Bedeutung dieses besonderen Denkmals hinweisen. *Jörg Detjen*

Dieser Text bildet das Dach des Denkmals beim Appellhofplatz. Es wird in farbigen Aluminiumlettern gestaltet.



WIR STELLEN UNS

QUER

09.05.2009

KEIN RASSISMUS IN KÖLN

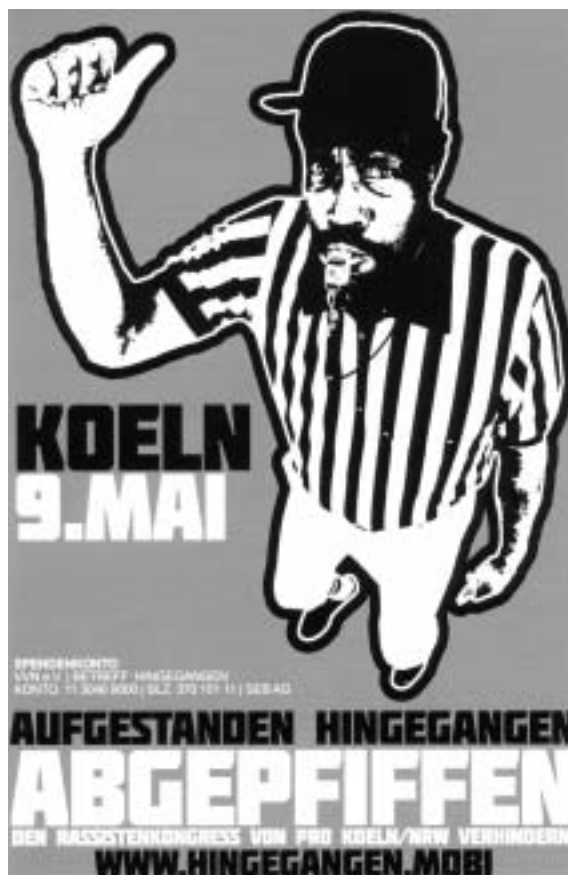


Internetadresse: +++ www.linksfraktion-koeln.de +++ www.linksfraktion-koeln.de

durchsuchen. Protest ist erlaubt, Trillerpfeife mitbringen, aber grobe Störungen will die Polizei unterbinden. Was das genau heißt, wird man am 9. Mai vor Ort erst sehen.

Wichtig ist am 9. Mai vor Ort präsent zu sein. Am besten man bildet kleine Gruppen, dann kann man besser protestieren! Auch aus Gewerkschafterkreisen ist zu hören: Wir gehen auf den Barmer Platz, die Provokation von Pro Köln lassen wir uns nicht gefallen! Die rassistische Veranstaltung darf nicht ungestört stattfinden; lauter, bunter und kreativer Protest ist angesagt!

Jörg Detjen



Presseerklärung des Rom e.V. zur geplanten „Pro Köln“-Aktion am 9. Mai 2009

Wir, der Rom e.V. Köln, rufen dazu auf, den Antiislamisierungskongress von „Pro Köln“ wie im letzten Jahr zu verhindern. Dieses Jahr haben wir neben unserer grundsätzlichen Ablehnung dieses rassistischen Projektes noch eine zusätzliche Motivation. Eine der eingeladenen Gäste ist Petra Edelmannová aus Tschechien. Sie ist die Vorsitzende von Narodni strana (Nationale Partei). Bei der nächsten Wahl 2010 will die NP wörtlich „die Endlösung der Zigeunerfrage“ propagieren.

In einem Programmentwurf schlägt diese Partei vor, Land in Indien zu kaufen und die in Tschechien lebenden etwa 150.000 bis 200.000 Roma umzusiedeln. Man wolle das Problem dorthin verlagern, wo es entstanden sei, sagte ein Sprecher der Partei mit Bezug darauf, dass die Roma vor einigen Jahrhunderten vermutlich aus Indien nach Europa gekommen sind.

Das erinnert sehr stark an den Madagaskarplan des Hitlerregimes. Der sogenannte Madagaskarplan war eine vom nationalsozialistischen Regime Deutschlands zu Beginn des Zweiten Weltkriegs kurzzeitig verfolgte Erwägung, die eine Vertreibung von 4 Millionen europäischen Juden auf die vor der Ostküste Afrikas gelegene Insel Madagaskar, damals eine französische Kolonie, vorsah. Der auf der antisemitischen Ideologie des Nationalsozialismus

aufbauende Plan wurde nach der Kriegsniederlage Frankreichs im Juni 1940 im Reichssicherheitshauptamt und im Auswärtigen Amt des Deutschen Reiches ausgearbeitet. Dieser Plan konnte nie umgesetzt werden, u.a. wegen des anhaltenden Seekriegs gegen Großbritannien. So endeten die Arbeiten am Madagaskarplan noch im selben Jahr (1940). Stattdessen wurde ein Großteil der europäischen Juden im Holocaust ermordet.

Von unseren Schwesterorganisationen in Tschechien wurde verschiedentlich ein Verbot der Nationalen Partei verlangt, unter anderem von Ivan Vesely, der stellvertretender Chef des Regierungsbeirats für Roma-Angelegenheiten ist.



Petra Edelmannová aus Tschechien. Sie ist die Vorsitzende von Narodni strana (Nationale Partei).

Wenn „Pro Köln“ ausgerechnet eine Vertreterin einer solchen Organisation einlädt, erinnern wir uns auch an die romafeindliche Tradition der Spitzenfunktionäre von „Pro Köln“. Sie organisierten sogar Hetzjagden auf Roma. Wir erinnern uns: Die Vorgängerorganisation von „Pro Köln“, die „Deutsche Liga für Volk und Heimat“, deren Führungspersonal (z.B.: Beisicht und Schöppe) mit „Pro Köln“ fast identisch ist, inszenierte 1993 eine öffentliche Menschenjagd auf die Roma-Frau Nidar Pampurova: Frau Pampurova war, nachdem sie in das Kriegsgebiet Mazedonien abgeschoben worden war, von UnterstützerInnen zurück nach Köln geholt worden. Die „Deutsche Liga für Volk und Heimat“ setzte daraufhin ein Kopfgeld von 1000 DM für die „Ergreifung“ von Pampurova aus, auf 50.000 Steckbriefen und 3.000 Plakaten.

Wir haben das nicht vergessen. Wir fordern alle Roma und Sinti, unsere Mitglieder und Freunde auf, sich an den Aktionen gegen „Pro Köln“ am 9. Mai auf dem Barmer Platz in Köln-Deutz zu beteiligen, um den Antiislamisierungskongress von „Pro Köln“ zu verhindern.

Wir wollen keine Rassisten in unserer Stadt und anderswo und fordern ein Einreiseverbot für Petra Edelmannová.

Aufruf des Ehrenfelder Bündnisses gegen Rechtsextremismus

Liebe Ehrenfelder Bürgerinnen,
liebe Ehrenfelder Bürger,

am 9. Mai 2009 plant die rechtsextreme „Bürgerbewegung pro Köln“ erneut eine Kundgebung und Demonstration – auf dem Barmer Platz und anschließend an der Venloer Straße/Ecke Fuchsstraße. Die Organisation gibt vor, für die Menschenrechte zu sein – ruft aber auf gegen „Islamisierung und Überfremdung“. Tatsächlich geht es ihr darum, die Ehrenfelder Bürgerinnen und Bürger verschiedener Herkunft gegeneinander aufzuhetzen. Mit rassistischen Parolen soll das friedliche Miteinander gestört werden. Das Schüren von Ängsten ist nicht die Vertretung eines Bürgerwillens, sondern dient ausschließlich der Wahlkampfpropaganda.

Wir sind nicht bereit, das hinzunehmen. Wir sagen NEIN zu Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Wir sagen



NEIN zur Diskriminierung von Mitbürgern. Wir stellen uns schützend vor diejenigen, die diffamiert werden. Wir wollen, dass die Menschen in Ehrenfeld gemeinsam ihre Lebenswelten gestalten können – egal welcher Herkunft sie sind oder welchen Glauben sie haben. Wir treten ein für einen Dialog der Kulturen und der Religionen. Wir wollen nicht das Trennen, sondern das Gemeinsame betonen.

Für ein friedliches Miteinander in Ehrenfeld!

Daher rufen wir Sie auf: Zeigen Sie dem Rassismus die Rote Karte. Zeigen Sie Flagge für Ehrenfeld. Kommen Sie am Samstag, dem 9. Mai um 15 Uhr zur Kundgebung gegen die Rechtsextremen.

Samstag, 9. Mai, ab 15 Uhr, Kundgebung vor dem Gelände der DITIB, Venloer Straße/Innere Kanalstraße – mit Kultur und Musikbeiträgen

Aktiv für Demokratie: Bildungsangebote gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit

Seit Kurzem gibt es ein von verschiedenen Bildungseinrichtungen gemeinsam erstelltes Bildungsprogramm gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Beteiligt sind hieran die VHS, die Informations- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus (ibs), das katholische Bildungswerk und die Melancthon-Akademie der Evangelischen Kirche.

Das Angebot umfasst Veranstaltungen zur Auseinandersetzung mit den Themen Rechtsextremismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Migration/Integration und der Förderung der Demokratie.

Diese Veranstaltungen können in den Räumen der VHS oder des EL-DE-Hauses stattfinden, aber sie können auch vor Ort in den Räumen von Bürgerzentren, Vereinen oder Schulen durchgeführt werden. Die Bildungseinrichtungen haben sich dabei zum Ziel gesetzt, die jeweiligen Gegebenheiten und Probleme in Bezug auf die rechte Szene im Stadtbezirk einzubeziehen. Mögliche Formen solcher Veranstaltungen können Workshops, Vorträge, Kinovorführungen oder auch Stadteinführungen sein. Es werden dabei für Jugendliche und Erwachsene angepasste Angebote gemacht.

Verschieden Workshops für Jugendliche und Erwachsene befassen sich beispielsweise mit Formen des Rechtsextremismus und des Rechtspopulismus in Köln. Entgegen dem Selbstbild der Kölner, dass ihre Stadt aufgrund seiner toleranten und multikulturellen Einstellung praktisch Nazi-frei ist, betreiben neonazistische und rechtspopulistische Gruppen auch hier ihre Propaganda und haben damit in begrenztem Rahmen auch Erfolg. In Köln wie auch in anderen auch in anderen Kommunen in



Am Hölderlin-Gymnasiums fand ein Workshop und Rechtsextremismus statt und eine anschließende Diskussion mit Parteienvertretern aus dem Deutschen Bundestag

Nordrhein-Westfalen sind in den letzten Jahren Gruppierungen aufgetreten, die das „pro“ im Namen führen und vorgeben, eine Bürgerbewegung für lokale Belange zu sein. Tatsächlich aber verfolgen sie eine fremdenfeindliche und insbesondere islamfeindliche Agenda. Die Aufklärung über diese Zusammenhänge und die Untersuchung der Aktivitäten der Rechten in den jeweiligen Bezirken ist Ziel dieser Workshops.

Andere Workshops befassen sich mit Symbolen und Codes bis hin zu Lifestyles der Rechtsextremen. Über solche Zeichen wird verdeckt oder offen die Zugehörigkeit zur Rechten ausgedrückt. Auch wird eine neuere Bewegung innerhalb rechter Jugendkulturen behandelt. Diese bedienen sich mehr und mehr Outfits, die bislang eher in alternativen oder linkskulturellen Kreisen verbreitet waren und versuchen so sich unter den Jugendlichen zu etablieren.

Argumentationstrainings gegen Stammtschparolen helfen dabei, in Situationen, in denen man mit rassistischen Witzen oder

diskriminierenden Sprüchen konfrontiert wird, diesen etwas entgegenzusetzen. Parolen, denen man in der Schule, beim Familienfest oder im Supermarkt begegnet, werden analysiert und sachliche Informationen vorgestellt. Interaktive Übungen helfen selbstsicher und angemessen zu reagieren. Solche Workshops werden für Jugendliche und Erwachsene angeboten.

Stadtführungen befassen sich zum Beispiel mit Initiativen sozial engagierter Bürger in Mülheim seit den 70er Jahren oder mit der Geschichte der Migration über die Jahrhunderte im jeweiligen Bezirk.

Die Veranstaltungen können über Bildungsträger gebucht werden, z.B.:

☒ **Volkshochschule, Horst Grundmann, Tel.: 0221/22122486**

✉ **horst.grundmann@stadt-koeln.de**

☒ **Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus**

Hans-Peter Killguss,

Tel.: 0221/22126332,

hans-peter.killguss@stadt-koeln.de

Aus den Ausschüssen:

■ Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen

Einrichtung einer Zentralen Sanktionsstelle beim Vergabeamt

Seit Anfang 2008 gibt es beim Vergabeamt der Stadt Köln wieder eine Zentrale Sanktionsstelle. Köln ist eine von wenigen Städten, die ein solche Einrichtung haben.

Die Zentrale Sanktionsstelle überprüft an städtischen Baustellen beteiligte Unternehmen darauf, ob für die Beschäftigten Sozialversicherungen abgeführt werden, ob Beschäftigte zusätzlich zum Lohn Sozialleistungen beziehen und ob ungenehmigte Subunternehmen beteiligt wurden. In solchen Fällen kann die Sanktionsstelle eine Vertragsstrafe aussprechen bzw. die Fälle an das Hauptzollamt oder die ARGE weiterleiten. Nach einem Jahr Arbeit der Sanktionsstelle zeigt eine Vielzahl ausgesprochener Verwarnungen an Unternehmen, dass die Wiedereinrichtung dieser Stelle dringend notwendig war.

Es wurden nach etwa zweihundert Kontrollen über einhundert Verwarnungen ausgesprochen. Im ersten Quartal 2009 sind die Zuwiderhandlungen der Kapitalisten sogar noch einmal angestiegen. *red*

■ Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen

Pilotprojekt für private Friedhofsgestaltung wird durchgezogen

Die Genossenschaft Kölner Friedhofsgärtner hatte Mitte letzten Jahres eine 2.730 m² große Fläche auf dem Melatenfriedhof schon mal umgebaggert und neu gestaltet, ohne dass entsprechende Beschlüsse vom Rat getroffen wurden. Das ging durch die Presse. Man habe sich der mit SPD und CDU im Vorfeld abgestimmt, war da zu hören. Die Linke hatte im Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen das

Projekt heftig attackiert. Diese Teilfläche wurde jetzt an die Genossenschaft auf 25 Jahre vergeben. Nach einem Jahr soll das Projekt überprüft werden. Das Grünflächenamt versucht, diesen Ratsbeschluss zu umgehen, in dem es beschließen ließ: „Weitere Kooperationsverträge bedürfen einer Zustimmung durch den Ausschuss nicht, sofern sie einen vergleichbaren Vertragsinhalt haben“.

Neu war auch, dass die Stadt den Friedhofsgärtnern jährlich 3.250 Euro für die Pflege (!) dieser Fläche zahlen muss. Das ganze mal 25 Jahre = 81.250 Euro. Diese Kosten gehen natürlich in die Gebührenrechnung ein. Die Vertragsdauer von 25 Jahren tritt erst dann in Kraft, wenn die letzte Grabfläche vermietet ist. Das kann also noch lange dauern bis der Vertrag in die Laufzeit von 25 Jahren eintritt. Dann können es auch schon mal 30 Jahre werden.

Auch wenn sich die Linke nicht durchsetzen konnte, sind viele Akteure, so z.B. der Personalrat der Stadt Köln sensibilisiert und verfolgen das Projekt sehr kritisch. Die Bezirksvertretung Lindenthal, die eigentlich ein Mitspracherecht hat, hat das ganze Projekt abgelehnt, mit dem Hinweis, dass gegen den Denkmalschutz verstoßen werde.

Jörg Detjen

■ Bauen und Wohnen

Hausmeisterwohnung entkernt

In der Sitzung des Ausschusses Gebäudewirtschaft am 27.04.2009 gab es eine Mitteilung der Verwaltung, die Hausmeisterwohnung der Peter-Petersen-Schule in Porz-Grengel betreffend.

Danach habe der befristet beschäftigte Hausmeister der Schule im Sommer 2008 damit begonnen, die ihm zugewiesene und bewohnbare Hausmeisterwohnung ohne Absprache mit der Gebäudewirtschaft komplett zu entkernen. Fliesen, Sanitärobjekte, Heizung und Wände seien entfernt worden. Nach Bekanntwerden seien die Arbeiten sofort gestoppt worden.

Weiterhin wurde festgestellt, dass das noch bestehende Beschäftigungsverhältnis über den Zeitraum der Befristung hinaus nicht verlängert werde, und dass die Gebäudewirtschaft die Wohnung entsprechend der bestehenden Standards unter Inanspruchnahme von Rahmenvertragsfirmen zum Schuljahresbeginn 2009/2010 wieder bewohnbar herrichten werde.

Eine Nachfrage in der Ausschusssitzung, ob sich der Hausmeister zu den Gründen seines Tuns geäußert hätte, ging leider in allgemeiner Heiterkeit unter. So bleibt also ungeklärt, ob bezüglich des Wortes „bewohnbar“ unterschiedliche Auffassungen zwischen dem Hausmeister und der Gebäudewirtschaft bestehen, oder ob die Entkernung stattfand, bevor der Hausmeister von der Nichtweiterbeschäftigung erfuhr oder danach.

Bernd Weber

■ Umwelt und Grün

In Köln wird's heiß

Am 28.04. veröffentlichte das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) eine Studie über den zu erwartenden Klimawandel in NRW. Einen Tag später stellte der beauftragende NRW-Landesminister seine Strategie zur „Anpassung an den Klimawandel“ vor. Darin heißt es unter anderem:

„Es ist wichtig sich auf den Klimawandel und seine Folgen einzustellen, und zwar nicht nur reaktiv, wie es Mensch und Natur immer schon getan haben, sondern vorausschauend. [...] Ein vorsorgendes Handeln ist sinnvoll, weil es Schäden verhindern, die Lebensqualität erhöhen und neue Möglichkeiten offenhalten kann. [...] Frühzeitiges Handeln ist jedoch nicht nur unter Vorsorgegesichtspunkten gegenüber Mensch und Natur sinnvoll und notwendig, sondern lohnt sich auch aus betriebswirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Gründen.“

Die Studie selbst stellt unmissverständlich dar, dass NRW vom Klimawandel stärker betroffen sein wird als andere Bundesländer. Die Potsdamer Forscher rechnen in ihrer Studie mit einer starken Zunahme heißer Tage vor allem im Rheintal und in der Kölner Bucht, was nicht nur, aber vor allem älteren Menschen zu schaffen machen wird. Der Deutsche Wetterdienst (DWD) kommt zu einem ähnlichen Ergebnis und sieht die Stadtplaner in der Pflicht. So empfiehlt der DWD durch Bäume, Arkaden oder Sonnensegel für schattige Zonen zu sorgen.

Eine klimaverträgliche Stadt benötige zudem viele, über die Stadt verteilte Grünflächen von mindestens einem Hektar Größe, um städtischen Wärmeinseln entgegen zu wirken. Um Konsequenzen für Köln daraus zu ziehen bzw. ziehen zu können, fragte die Fraktion DIE LINKE. Köln im Umweltausschuss nach, ob die Verwaltung zur nächsten Sitzung eine Einschätzung und Stellungnahme zu den beiden obigen Papieren vorbereiten könne. Das Ergebnis wird wohl leider bis nach der Sommerpause auf sich warten lassen und dann je nachdem wie der Sommer wird, dringender erwartet werden denn je. Schließlich zeigte bereits der Hitzesommer 2003 die Konsequenzen, als deutschlandweit mehr als 7.000 Menschen in Folge der extremen Hitze starben.

HP Fischer



Anwohnerbeirat „Klingelpützpark“ gegründet

Nach dem Ratsbeschluss wurde nun endlich zum 27.04.2009 zur konstituierenden Sitzung des Anwohnerbeirates Klingelpützpark eingeladen. Um die 25 bis 30 Bürger waren bei der öffentlichen Sitzung anwesend.

Welchen Stellenwert diese Sitzung hatte, signalisierte die Verwaltung gleich zu Beginn, denn der vorgesehene Sitzungssaal war doppelt vergeben worden, so dass die Gründungsversammlung in den „Weißen Saal“ des Historischen Rathauses umziehen musste, der allerdings mehr einem Abstellraum denn einem Sitzungssaal glich. Der die Sitzung leitende Bezirksbürgermeister Andreas Hupka hielt mit seinem Unverständnis hierzu nicht zurück. Das ging soweit, dass zwischenzeitlich plötzlich ein Techniker in die Sitzung platzte, der eine technische Anlage für eine andere Sitzung holen musste.

Auch das Stadtplanungsamt, das nach der vom Rat beschlossenen Geschäftsordnung die Geschäftsführung innehat, glänzte durch Abwesenheit. Die anwesenden Bürger haben das zu Recht als Desinteresse gewertet.

Der Anwohnerbeirat besteht aus fünf Mitgliedern der Anwohner und fünf Mitglieder der Bildungseinrichtungen zuzüglich jeweils deren Stellvertreter. Zum Vorsitzenden wurde Dr. Scholtissek für die Anwohner, bzw. die BI Klingelpützpark und als stellvertretende Vorsitzende Frau Fuhrmann für die Bildungseinrichtungen gewählt.

Nach der Wahl kam es zu einer längeren Diskussion zum TOP „Nächster Termin“. Dabei fiel es nicht ins Gewicht, dass der Leiter des Hansagymnasiums keinen Terminkalender zur Hand hatte, sondern, dass die Verwaltung eine noch nicht beschlossene Moderatorin wohl engagierte hatte, die zwei Termine vorgegeben hatte, an denen keiner der Anwohner Zeit hatte. An diesem Punkt scheint die Verwaltung den Versuch zu unternehmen, mehr Einfluss auf den Beirat zu gewinnen. Denn der Beirat ist nicht einstimmig der Meinung, überhaupt eine Moderation zu benötigen. Die Verwaltung war vom Rat nur beauftragt, Mittel für eine Moderation bereit zu stellen, nicht aber, eine Moderatorin bereits dem Beirat vor die Nase zu setzen. Dieses Vorgehen der Verwaltung stieß nicht auf volle Zustimmung des neu gewählten Beirates. Denn die Anwohner wollen erst eine Moderation, wenn es sie als notwendig erachtet. Die Bildungseinrichtungen wollen dies sofort. Hier wird mit Sicherheit noch Diskussionsbedarf sein. Meiner Meinung nach muss der Beirat aufpassen, dass der Einfluss der Verwaltung, die den Planungsentwurf des Zusammengehens mit der Montag Stiftung favorisiert, nicht zu groß wird. Nähere Informationen unter der Webseite www.klingelputzpark.de. Ich werde versuchen für DIE LINKE auf den Beiratssitzungen regelmäßig teilzunehmen.

Peter-Chr. Löwisch

Bürgerhaushalt & Genderbudget

„Der erste Kölner Bürgerhaushalt hat eindrucksvoll gezeigt, dass es sich lohnt, die Bürgerinnen und Bürger einzubeziehen. Die Stadt Wien ist dabei, ein Gender Budgeting zu etablieren. Freiburg hat bereits beide Ansätze verknüpft.“ Mit diesen Worten lädt der Kämmerer der Stadt Köln, Peter Michael Soenius am Freitag, den 5. Juni 2009 von 10-16 Uhr in der Isabellensaal des Kölner Gürzenich.

Das Fachsymposium soll klären, ob und wie die innovativen Konzepte „Bürgerhaushalt“ und „Gender Budgeting“ verknüpft werden können. Dazu sind am Vormittag Experten aus Hamburg, Wien, Freiburg und St. Augustin eingeladen. Am Nachmittag wird dann in Arbeitsgruppen weiter getagt. Bislang hatte sich in Köln vor allem das Frauen-Forum KölnAgenda u.a. mit der Studie „Bürgerinnen und Bürger im Spiegel Kommunalen Haushaltspolitik (2004)“ mit großer überregionaler Resonanz für die Etablierung des Gender-Budgeting stark gemacht. Nach dem Erfolg des Kölner Bürgerhaushaltes ist nun die Stadtkämmerei aktiv geworden. Mit dem für die Teilnehmenden kostenfreien Symposium wird das Thema bundesweit vorangebracht. Anmeldeschluss ist der 8. Mai 2009. Die Zahl der Teilnehmenden ist beschränkt, die Anmeldungen werden in der Reihenfolge des Eingangs berücksichtigt.

Mehr Infos:

www.koelnagenda.de/gender_budget

E-Mail: Buergalhaushalt@stadt-koeln.de

Tarifliche Entlohnung für Aufräumarbeiten beim ehemaligen Stadtarchiv

Die Kölner Presse berichtete ab Mitte April mehrfach darüber, dass Ein-Euro-JobberInnen bei der Sortierung und Sicherung von Dokumenten aus dem eingestürzten Kölner Stadtarchiv eingesetzt würden. „14 Jobber sind bereits im Lagerzentrum im Kölner Süden im Einsatz“, heißt es im Express vom 16.04.2009. Der Express ließ sich diese Anzahl vom Sprecher des Kulturamtes, Peter Schelenz, eigens bestätigen. Insgesamt plant die Stadt den Einsatz von 50 Ein-Euro-JobberInnen für mindestens ein Vierteljahr. „Die Stadt erhofft sich von den Ein-Euro-Jobbern mehr Kontinuität“, heißt es in dem Bericht weiter. Offensichtlich stehen viele Freiwillige, die die Stadt dringend braucht, nur für wenige Tage zur Verfügung.

Der Sprecher des Kölner Kulturamtes betont in der Presse (Welt Online vom 19.04.09), dass „nur Leute, die auch wirklich wollen“, gewünscht sind. Die Ein-Euro-JobberInnen werden „von der ARGE vorgeschlagen.“ Sie arbeiten unter Fachauf-

sicht und erhalten eine „intensive Einarbeitung“ (Welt Online, s.o.).

Die Fraktion DIE LINKE. Köln begrüßt es zwar, wenn in dieser Situation, in der dringend Arbeitskräfte gebraucht werden, Arbeitsplätze auch für einen begrenzten Zeitraum von der Stadt angeboten werden. Sie ist allerdings der Meinung, dass diese Kräfte notwendige Arbeiten verrichten. Die Stadt Köln betont in ihren Presseerklärungen immer wieder, wie dringend sie die Helfer braucht und wie schnell die Sichtung und Sicherung der Archivalien von statten gehen muss. Auch wenn die Arbeiten nach Aussagen von Seiten der Kulturverwaltung „keine schwierigen Tätigkeiten“ sind, sie sind dringend notwendig, und sie müssen nach Auffassung der Fraktion DIE LINKE. Köln nach dem TVÖD entlohnt werden. An dieser Stelle kann die Stadt Köln die Gelder, die sie vom Land NRW für die Folgen des Archiv-Einsturzes erhält, sinnvoll verwenden und 50 arbeitslosen Kölnern und Kölnerinnen wenigstens kurzfristig

eine sinnvolle Arbeit mit gerechter Entlohnung vermitteln.

Die bisherigen Ein-Euro-Kräfte wurden offensichtlich direkt vom Kulturamt bei der ARGE beantragt, ohne dass der Personalrat einbezogen wurde. Auch wenn die Stadt zur Eile mahnt - das unterstreicht noch einmal die Notwendigkeit der Arbeiten und die Fragwürdigkeit der Anstellung von Ein-Euro-Kräften - der Personalrat darf bei der Anstellung von Ein-Euro-Kräften bei der Stadt nicht übergangen werden. Das widerspricht dem üblichen Prozedere und ist zu missbilligen.

Die Fraktion DIE LINKE. Köln stellt deshalb in der Ratssitzung am 05.05.09 folgenden Antrag:

„Der Rat der Stadt Köln beschließt, dass die Arbeitsplätze, die zur Sondierung und Verpackung der Dokumente beim Stadtarchiv geschaffen werden, befristete Stellen sein sollen, die nach TVÖD bezahlt werden.“

Michael Kellner

Aus den Bezirken:

■ BV Chorweiler

Haus Föhlingen oder der Geist der Spekulation

Wer in diesen Tagen im Internet nach „Haus Föhlingen“ sucht, findet erstaunliche Bilder und Geschichten. Das am südlichen Ortseingang von Föhlingen gelegene, bis 1888 von Eduard Freiherr von Oppenheim als Gestüt errichtete, unter Denkmalschutz stehende Gebäude sollte ab Januar 2008 in Wohnungen unterteilt werden, und die 1967 abgerissenen Seitentrakte sollten als Stadthäuser neu entstehen. Der Kölner Stadtanzeiger meldete am 30. Januar 2008, die Restaurierung und Neugestaltung habe begonnen, und mit dem Ab-



schluss der Arbeiten rechnet man 15 Monate später.

Ein Besuch des Grundstücks im April dieses Jahres zeigte hingegen ein etwas anderes Bild.

Die Ruine des Hauses gammelt weiter vor sich hin, das Grundstück ist ungesichert und bietet daher beste Möglichkeiten für jedermann, sich im Haus umzusehen, fröhliche Gothic-Partys zu feiern oder auch in dunklen Nächten nach Gespenstern oder den Geistern von Selbstmördern zu fahnden.

Vor allem aber ist die Ruine des Hauses – Denkmalschutz hin oder her – dem weiteren Verfall und mutwilliger Zerstörung ausgesetzt, was den Vertreter der LINKEN in der BV Chorweiler auf den möglicherweise nicht ganz abwegigen Gedanken brachte, dass der langsame Untergang des Hauses Föhlingen einen ganz konkreten Hintergrund hat.

Und so richtete er in der Sitzung der BV 6 am 30. April eine Anfrage an die Verwaltung:

Welche genauen Voraussetzungen müssen gegeben sein, damit das Grundstück des Hauses Föhlingen durch das Amt für öffentliche Ordnung geschlossen wird?

Welche zusätzlichen Möglichkeiten hat die Verwaltung, das denkmalgeschützte Objekt vor weiterer Beschädigung zu bewahren?

Ist es für den Bauherrn möglich, im Fall einer weitgehenden oder völligen Zerstörung des Hauses (etwa durch Brandstiftung), bzw. des irreversiblen Verfalls ohne Rücksicht auf den Denkmalschutz auf dem Grundstück neu und kostenreduziert zu bauen?

Die schriftliche Antwort steht noch aus. In einer ersten mündlichen Auskunft in der

Sitzung konnte keine Klarheit darüber erreicht werden, ob der private Bauherr auch dann an die Vorschriften des Denkmalschutzes gebunden ist, wenn die Substanz der Ruine überwiegend oder vollkommen vernichtet wird. Immerhin sah sich das Ordnungsamt nur wenige Tage nach der Anfrage der LINKEN veranlasst, gegen die Eigentümer des Grundstücks ein Verwaltungsverfahren zur Durchsetzung einer Grundstückssicherung einzuleiten. Ob das die bisherige Untätigkeit der neuen Herren des Hauses Föhlingen beendet, ist allerdings eher zweifelhaft.

Auch die CDU-Fraktion in der BV muss wohl Bedenken haben. Sie schlug noch in der Sitzung vor, das neue Stadtarchiv im Haus Föhlingen anzusiedeln. Da müsste die Stadt allerdings tief ins Portemonnaie greifen, oder denken die Christdemokraten an Enteignung?

Dieter Wernig

■ BV Ehrenfeld

Herr U. – Kandidat für „miles and more“

Herr U. aus der Bezirksvertretung Ehrenfeld hat offenbar eine Vorliebe fürs Fliegen. Inzwischen ist er dank seiner Begeisterung sogar ganz hoher Favorit für die Vergünstigungen von „miles and more“ seiner Fluglinie.

Nachdem er bereits mehrfach wegen fleghaften Betragens und Beleidigung des Bezirksbürgermeisters, anderer Bezirksvertreter und Menschen aus dem Publikum von weiteren Sitzungen ausgeschlossen war, hielt er es auch in der April-Sitzung nicht mehr aus, pöbelte munter weiter und wurde nach zahlreichen Ordnungsrufen des Saales verwiesen. In der jüngsten Sitzung der Ehrenfelder BV stellte nun die FDP-Vertreterin den Antrag, ihn auch diesmal auszuschließen, weil sie beleidigt worden sei. Die übrigen BV-Mitglieder stimmten dem Antrag zu, und so konnte Herr U. einmal mehr Flug-Bonus-Punkte verbuchen. Mal sehen, ob er sie dazu nutzt, nach Taurus in der Türkei zu fliegen, wo ihm eine dem Apostel Paulus gewidmete Kapelle am Herzen liegt. – Allerdings müsste er dort vermutlich in Kauf nehmen, dass ihm ein – oder gar mehrere – Muezzine die Andacht vergällen. Aber – wie auch schon irgendein Apostel sagte: „Der Gerechte muss viel leiden!“

Helga Humbach

■ BV Innenstadt

Unterstützung Edelweißpiraten- und Gauklerfestival im Friedenspark

Am 24. Mai findet im Friedenspark ein Gauklerfest statt und am 28.6. das Edelweißpiratenfest. Bereits in den Vorjahren fanden diese beiden Feste eine große Akzeptanz und Unterstützung in der Anwohnerschaft. Die Fraktionen Bündnis 90/Grüne, SPD und FDP/KBB haben in die Bezirksvertretungssitzung vom 30.04.2009 einen Antrag eingebracht. In diesem wird die Verwaltung gebeten, die beiden o. g. Feste zu genehmigen und die Veranstalter zu unterstützen. Die Vertreter der BV Innenstadt/Deutz begrüßen damit die Durchführung der diesjährigen Festivals im Friedenspark ausdrücklich. Dem Antrag haben die Vertreter der Fraktion Bündnis 90 die Grünen, SPD, CDU, FDP/KBB und der Vertreter der Linke/Köln zugestimmt.

Bahri Gülsen



Porz: Der Marktplatz, die Demokratie und der Kalte Krieg

Die Ergebnisse der mit über 250 Teilnehmern gut besuchten Bürgeranhörung zum Entwicklungskonzept der Verwaltung für die Porzer Innenstadt lagen der Bezirksvertretung Porz auf ihrer Sitzung im März noch nicht vor. Das hinderte die Porzer CDU jedoch nicht daran, dort einen erneut einen Antrag zur Durchführung weiterer Fachgespräche zu diesem Konzept vorzulegen, die von der Zusammensetzung und von den Fragestellungen her eindeutig das Ziel verfolgten, die Position der in der Innenstadtgemeinschaft IGS zusammen geschlossenen Einzelhändler einseitig gegenüber den Interessen und Positionen der Bürgerinnen und Bürger zu stärken.

Der Hintergrund: Die IGS will, anders als Verwaltung und zahlreiche Bürgerinnen und Bürger auf der Anhörung, eine flächendeckende Bebauung an Stelle des Marktplatzes in Porz (Friedrich-Ebert-Platz) mit einem Einkaufszentrum durchsetzen, und die CDU unterstützt sie dabei.

Auf der Bürgeranhörung hatten demgegenüber viele Bürgerinnen und Bürger eine höhere Aufenthaltsqualität in einer Porzer Innenstadt, die mehr sein muss als nur Einkaufsstandort eingefordert, und auch die Verwaltung hat in ihrem Konzept den Erhalt und Aufwertung des Marktplatzes vorgeschlagen.

Die LINKE wie auch SPD und Grüne hatten deshalb schon im Vorfeld der Sitzung deutlich gemacht, dass sie den Vorstoß der CDU nicht mittragen wollen, an den Ergebnissen der Bürgeranhörung vorbei die Position der IGS einseitig zu stärken.

Weil klar war, dass so die CDU auch mit Unterstützung von FDP und pro Köln keine Mehrheit finden würde, kam es auf der Sitzung der Bezirksvertretung zu einem selbst für Porzer Verhältnisse heftigen Streit, über den der Stadt-Anzeiger zu Recht unter der Überschrift: ‚Politik zum Abgewöhnen‘ berichtete. Denn, so der Stadt-Anzeiger weiter: „Die CDU hat angesichts wiederholter Abstimmungsniederlagen nichts besseres zu tun, als das Schreckgespenst einer Volksfront aus der Mottenkiste zu holen und verstorbene Größen der Sozialdemokratie zu bemühen, die sich angesichts des Abstimmungsverhaltens der Porzer Genossen im Grabe herumdrehen würden.“

In der Tat hatte CDU – Bezirksvertreter Marx in einer knapp zehnmütigen Philipika in der Geschäftsordnungsdebatte zwar kein Wort zur Porzer Innenstadt gesagt, ließ aber von Kurt Schumacher über die Zwangsvereinigung von SPD und KPD bis hin zu den Mauertoten nichts aus, um die SPD auf die Linie des Porzer Einzelhandelsverbandes einzuschwören.

In einer kurzen persönlichen Erklärung empfahl LINKE- Bezirksvertreter Lindweiler der Porzer CDU geschichtsphilosophische Abrüstung angesichts der Tatsache, dass sich die Porzer CDU gerne auch mal der Rassisten von pro Köln als Mehrheitsbeschaffer bedient. Und den Hinweis, dass sich mit antikommunistischer Rhetorik aus der Zeit vor 1989 keines der aktuellen sozialen Probleme lösen lässt, nahm auch der

Stadt-Anzeiger auf und attestierte der CDU „fragwürdige Rhetorik aus den Zeiten des kalten Krieges“. Zu hoffen bleibt, dass die BV im Mai aufgrund der Ergebnisse der Bürgeranhörung sich von ideologischen Abgründen ab- und den Porzer Problemen zuwendet; an der LINKEN wird das gewiss nicht scheitern.

Wolfgang Lindweiler

Keine Schule für die FDP

Die FDP will offensichtlich ihren Stimmenanteil in Köln kräftig aufbessern. Deshalb hat ihre Fraktion – rechtzeitig vor der EU-Wahl – gleich zwei Anträge zum Thema EU zur kommenden Ratssitzung am 05.05.09 eingereicht. Im ersten Antrag fordert sie die Einrichtung eines Europabüros für Köln und die Region in Brüssel. Woher das Geld dazu kommen soll, darüber schweigt sie.

Im zweiten Antrag fordert sie die „Errichtung einer ‚Schule für Europa‘ auf dem Sürther Feld.“ Dieser Antrag ist dermaßen stümperhaft, dass es sich lohnt, näher auf ihn einzugehen.

Zunächst: Der Vorschlag der FDP-Fraktion zur Errichtung einer „Schule für Europa“ ist ein alter Hut. Hintergrund ist die Errichtung der europäischen Zentrale der Europäischen Agentur für Flugsicherheit (EASA) hier in Köln, die auf die Dauer 1200 Angestellte beschäftigen wird. In einem Staatsvertrag mit ihr wird die Stadt Köln aufgefordert, für die schulische Betreuung der Familien der EASA zu sorgen. Insgesamt geht es um ca. 600 Kinder, deren Familien über die ganze Stadt verstreut wohnen.

Die Verwaltung hat mit ihrem Vorschlag zum Projekt „Schule für Europa“ für diese Familien schon vor anderthalb Jahren Schiffbruch erlitten, weil das Land der Stadt Köln für einen solchen Schulversuch eine deutliche Absage erteilt hat. Eigentlich müsste die FDP-Fraktion in Köln wissen, was die FDP in der Landesregierung treibt.

Was den Standort Sürther Feld betrifft, so hat sich die FDP-Fraktion schlecht bis gar nicht informiert. Auf ein dort festgelegtes Grundstück soll nach Planung der Verwaltung die evangelische Grundschule Ernst-Moritz-Arndt ihr neues Gebäude beziehen, die sich zur Zeit noch ihren Platz mit einer katholischen Grundschule in der Mainstraße teilt. Diese Schule soll nach dem Willen der FDP nun in eine zu errichtende „Schule für Europa“ integriert werden. Die Ernst-Moritz-Arndt-Grundschule ist allerdings schon längst in ein bestehendes Projekt eingebunden. Sie führt seit einigen Jahren den gemeinsamen Unterricht (GU) von Kindern mit und ohne Behinderung durch und arbeitet eng mit der Gesamtschule Rodenkirchen zusammen, die ihr GU-Projekt zur Zeit erweitert. Hier wird der Ratsbeschluss zur Ausweitung des GU auch auf die Sekundarstufe



durch eine enge Zusammenarbeit zweier Schulen vorbildlich umgesetzt. Es wäre völlig kontraproduktiv, diese gewachsene Arbeit und Zusammenarbeit beider Schulen zu zerstören und der Grundschule ein fremdes Modell aufzupropfen.

Der Gipfel der Schnoddrigkeit (oder muss man sagen Boshaftigkeit?) ist aber, dass die FDP mit ihrem Antrag eine bereits bestehende „Europaschule“ unterschlägt oder sogar untergraben will. Gesamtschulen sind ja nicht gerade die Lieblinge der FDP! Die Gesamtschule in Zollstock heißt nicht nur Europaschule, sondern sie ist eine Europaschule mit viel Erfahrung, die schon ab der fünften Klasse neben Englisch viele weiteren Sprachen mit bilingualen Elementen anbietet. Sie ist eingebunden in das Netzwerk der Europaschulen und sogar mit der Prüfung europäischer Standards an anderen Schulen beauftragt. Sie arbeitet eng mit der nahe gelegenen Gemeinschaftsgrundschule Annastraße zusammen. Nach Gesprächen zwischen der Schulverwaltung, der EASA und der betroffenen Schule hat sich die Schulkonferenz dieser Grundschule bereit erklärt, die europäischen Standards zu erfüllen. Damit besteht bereits eine klar geplante europäische Schullandschaft in dem von der FDP geforderten Bezirk, die die Bedürfnisse der europäischen Familien in Köln erfüllt.

Von alledem weiß die FDP-Fraktion offensichtlich nichts. Oder sie will nichts davon wissen, weil sie rechtzeitig zur EU-Wahl die Errichtung einer exklusiven Schule in einem exklusiven Gebiet für ein exklusives Publikum beantragen und damit Stimmen fangen will. Und das Ganze soll dann auch noch die Stadt bezahlen.

Wir brauchen in Köln keine exklusiven, sondern inklusive Schulen für alle Kinder und sollten die bereits bestehenden Systeme und Ressourcen nutzen und ausbauen. Die Fraktion DIE LINKE: Köln wird den Antrag der FDP-Fraktion selbstverständlich ablehnen.

Michael Kellner

Platzj abbeck

Bitte kosten los schicken

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Fraktion DIE LINKE. Köln im Rat der Stadt Köln erhalten. Bitte schicken Sie den „Platzj abbeck“ kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

.....
Name, Vorname

.....
Straße, Postleitzahl, Ort

DIE LINKE. Köln, Fraktion im Rat der Stadt Köln
Gülichplatz 1-3, Postfach 103 564, 50475 Köln
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41
email: DieLinke.Koeln@stadt-koeln.de V.i.S.d.P. Jörg Detjen

Im vergangenen Jahr hatten wir mit Entsetzen die Ausschreitungen und Vorfälle auf der 1. Mai-Kundgebung in unserer Partnerstadt Istanbul in Presse und Medien mitverfolgt. Wir waren zutiefst erschüttert. Das brutale Einschreiten der Polizei und der Sicherheitskräfte, sowohl gegen die Demonstranten und Demonstrantinnen als auch gegen Passanten mit Pfefferspray, Tränengas, Wasserwerfern und sogar scharfer Munition hatten wir auf das schärfste verurteilt.

Istanbul und Köln sind seit 1997 Partnerstädte. In der Partnerschaftsurkunde wurde beschlossen, „einen Beitrag zu leisten für Demokratie“. Die Übergriffe der Polizei und der Sicherheitskräfte hatten gegen den Geist dieser beschlossenen Partnerschaft zwischen den beiden Städten verstoßen.

So hatten wir im vergangenen Jahr in einem offenen Brief (mit vielen Unterzeichnern aus den unterschiedlichsten Kreisen) den Oberbürgermeister der Stadt Köln aufgefordert, im Rahmen des in der Städtepartnerschaftsurkunde erklärten gegenseitigen Beitrags für Demokratie die geeigneten und erforderlichen Mittel auszuschöpfen, mit den verantwortlichen Gremien in Istanbul Kontakt aufzunehmen, zur Klärung der Sachlage beizutragen und das Vorgehen der verantwortlichen Instanzen in unserer Partnerstadt zu hinterfragen und zu kritisieren.

Diesen offenen Brief hatten wir auch an Gewerkschaften und Presse – und Medienvertreter in Istanbul geschickt. Wie die Gewerkschaftskonföderation DISK uns während unserer Delegationsreise in einem Redebeitrag mitteilte, war diese Art von internationaler Solidarität für sie Inspiration, sich in diesem Jahr um eine Beteiligung einer internationalen Delegation zu bemühen.

So war in diesem Jahr am 1. Mai eine Delegation von rund 40 Gewerkschafts- und Parteienvertretern bei den Demonstrationen zum 1. Mai anwesend.

Nach den Kämpfen um den 1. Mai in den vergangenen Jahren hatten es die Gewerkschaften in diesem Jahr geschafft, den 1. Mai in der Türkei als Feiertag durchzusetzen. In 60 Städten in der Türkei wurde der 1. Mai begangen und dieser Erfolg gefeiert.

1. Mai ein Feiertag ...

In Istanbul hat der Gouverneur auch in diesem Jahr den Gewerkschaften den für die Geschichte der Türkei sehr symbolträchtigen Ort Taksimplatz nicht als Demonstrationsort genehmigt. 1977 hatten eine halbe Million Menschen den 1. Mai auf diesem Platz begangen. Durch staatlichen Einsatz von Schusswaffen und Panzern und eine dadurch ausgelöste Massenpanik kamen 36 Menschen ums Leben.

In diesem Jahr gab es eine Kundgebung auf dem Kadıköy, auf der die Gewerkschaftskonföderation Türk Is eingeladen hatte. Hier haben 25.000 Menschen den 1. Mai auf einer Kundgebung gefeiert. Ein kleiner Teil der Delegation ist auch auf diese Kundgebung gefahren und hat ein Grußwort gehalten. Auf der anderen Seite hat die Gewerkschaftskonföderation DISK dazu aufgefordert, auf den Taksimplatz zu gehen. Ein Demonstrationszug von ca. 5000 Menschen unter denen sich auch ein Großteil der Delegation befand, haben es geschafft, auf den Taksimplatz zu kommen. Dies war ein historischer Moment. An anderen Stellen und allen Seitenstraßen jedoch sind wieder Polizei und Staatskräfte sehr rigoros gegen die Demonstranten vorgegangen. Die Polizei hat wieder Wasserwerfer und Tränengas eingesetzt und sehr viele Demonstranten wurden festgenommen.

Özlem Demirel



Termine ... Termine ...

Dienstag, 19. Mai 2009, 16:30 Uhr
AK Stadtentwicklung
Haus Neuerburg, Sitzungssaal der Fraktion

Montag, 25. Mai um 19:30 Uhr
AK Soziales/Hartz IV
Haus Neuerburg, Sitzungssaal der Fraktion

Dienstag, 26. Mai, 19.30 Uhr
AK Gesundheit und Umwelt, Haus Neuerburg, Sitzungssaal der Fraktion.

9. Juni 2009 um 17:30 Uhr
AK Jugend und Schule, Haus Neuerburg, Sitzungssaal der Fraktion